



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland Wahlen gewonnen – Zukunft gestalten Allgemeiner Mindestlohn stärkt Tarifautonomie

Die Union hat die Wahlen zum Europäischen Parlament als stärkste Kraft klar gewonnen. Wir haben bei der Europawahl nicht nur in Deutschland die Nase weit vorne. Auch europaweit liegen wir mit unserer Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei, an der Spitze. Damit ist klar, dass unser Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission werden soll. In dem komplizierten Verfahren zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament sind jetzt hohe Diplomatie und nicht lauter Krawall gefragt. Wir wissen um die schwere Aufgabe unserer Bundeskanzlerin, Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten und einen deutschen EU-Kommissar aus den Reihen der CDU durchzusetzen. Die Vorbehalte gegen Juncker, beispielsweise die Großbritanniens, müssen aber auch ernst genommen werden. Bei der Suche nach einer Lösung geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir wissen, dass diese schwierige Herausforderung bei Angela Merkel in den besten Händen ist. Sie wird alles dafür tun, um eine Spaltung der Europäischen Union zu verhindern und die EU-Skeptiker zu überzeugen.

Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gehören zum Rezept gegen die dramatische Skepsis vieler Europäer, die in ihren Mitgliedsländern europakritischen und populistischen Parteien ihre Stimme gegeben haben. Wir können und wir müssen die Europäische Union noch besser machen. Das kann gelingen, wenn die EU sich in den nächsten fünf Jahren auf das Wesentliche konzentriert, wenn sie sich an selbst gegebene Regeln und Verträge hält. Erfreulich ist, dass sich die Mehrheit der Wähler in Deutschland eindeutig für Europa ausgesprochen hat. Das deutsche Europawahlergebnis zeigt auch, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen die Erfolge der europäischen Einigung ganz bewusst nicht aufs Spiel setzen will. Dies liegt auch daran, dass es den Menschen in Deutschland so gut geht. Daher hat Deutschland auch nicht extrem links oder extrem rechts, sondern Stabilität gewählt.

Aber auch außerhalb Deutschlands und der EU war der 25. Mai ein wichtiges Datum. In der Ukraine haben sich die Wähler in einer erfreulichen Eindeutigkeit für einen gemäßigten und besonnenen Kandidaten ausgesprochen. Präsident Poroschenko übernimmt sein Amt in einer schwierigen Zeit für sein Land. Obwohl die Mehrzahl der Ukrainer ein Auseinanderfallen des Staates ablehnt, treiben die Separatisten im Osten der Ukraine ihre Abspaltungsbemühungen weiter voran. Die schweren Kämpfe, die die regulären ukrainischen Streitkräfte um die Kontrolle der in ihre Gewalt gebrachten Regionen austragen, machen betroffen. Wir hoffen, dass es rasch zu Gesprächen und so zu einer friedlichen Auflösung der schwierigen Situation in diesem so wichtigen Nachbarstaat der EU kommt. Wir appellieren an alle Beteiligten, auch an Russland, ihrer Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben in der Ukraine nachzukommen.

Die Lage in der Ukraine war auch Thema beim europäischen Gipfel, über den wir diese Woche ebenso debattiert

haben wie über den G7-Gipfel. Dass die Außenpolitik unsere Agenda wieder mehr bestimmt als in den Jahren zuvor, ließ sich auch an der Tagesordnung des Plenums des Deutschen Bundestages ablesen. Deutschland steht zu seiner Verantwortung für Frieden und Freiheit weltweit und leistet einen wichtigen Beitrag zu Stabilisierung und Friedenssicherung. Nicht weniger als drei Bundeswehr-Mandate haben wir in dieser Woche verhandelt. In den intensiven Beratungen wurde deutlich, welche Bedeutung wir jedem einzelnen Einsatz beimessen. Wir stehen an der Seite der Männer und Frauen unserer Bundeswehr, die mutig und voller Pflichtgefühl für unser Land, für Frieden, Freiheit und Demokratie einstehen.

Ein weiteres wichtiges Thema war in dieser Woche die Beratung über den Mindestlohn. Wir haben großes Vertrauen in die Tarifvertragsparteien, die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut. In keinem Land der Welt ist eine solche partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie bei uns. Das ist das Ergebnis der hohen Verantwortungsbereitschaft der Tarifpartner. Auch künftig soll die Sorge für angemessene Löhne bei ihnen liegen. Funktionierende Tarifautonomie braucht starke Arbeitgeberverbände und starke Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder verbindliche Abmachungen treffen können.

Für den Notfall muss es aber auch eine Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge geben, um auf soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitnehmer, die nach den Bedingungen ihrer Heimatländer entlohnt werden, angemessen reagieren zu können. Künftig können grundsätzlich in allen Branchen unterste Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche wie für ausländische Arbeitnehmer festgeschrieben werden, um Lohndumping wirksam zu verhindern.

Für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Aber wir sehen auch, dass die Tarifbindung stark abgenommen hat. Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder nur geringe Wirkungskraft entfalten, erhalten die Tarifvertragsparteien künftig neben den Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, auch die Möglichkeit, in einer Mindestlohnkommission über die Anpassung des allgemeinen Mindestlohns zu beschließen, der zum 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt wird. Damit setzen wir eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag um.

Wir werden alles daran setzen, dass der Mindestlohn keine Beschäftigung gefährdet. Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigungslage verhindern zu können, haben wir unsere Vorstellungen bereits eingebracht, etwa durch die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose oder auch bei Praktikanten. Es sind aber noch eine Reihe von Veränderungen durchzusetzen. Darüber werden wir weiter intensiv mit der SPD verhandeln.

Die Woche im Parlament

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den Ergebnissen des Informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 27. Mai 2014 in Brüssel sowie zum G7-Gipfel am 4./5. Juni 2014 in Brüssel. Unsere Bundeskanzlerin erläuterte die Ergebnisse der Abstimmung mit unseren Partnern in der EU. Vor dem Hintergrund der Probleme in der Ukraine wird deutlich, dass Deutschland das gemeinsame Auftreten der Europäer braucht. Auch als bevölkerungsreichster Staat Europas ist unser Land allein nicht stark genug. Der Europäische Rat hat sich mit den Herausforderungen befasst, die die Globalisierung für Europa bedeutet und betont, dass der Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion eine Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit für die Menschen in Europa ist. Auch in der Energiepolitik muss unser Kontinent gemeinsam handeln. Und mit Blick auf den 70. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie wird auch noch einmal deutlich, was wir in den zurückliegenden Jahrzehnten dank eines friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen geeinten Europas erreicht haben. Mit neun Nachbarstaaten, in der Mitte des Kontinents gelegen, ist es das ureigenste Interesse Deutschlands, in guter Nachbarschaft zu einer friedlichen Lösung von Problemen zu kommen.

Zweites Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Der Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, sieht im Wesentlichen den Wegfall der Optionspflicht für Personen vor, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Indikatoren für das Aufwachsen in Deutschland sind der Nachweis, dass mindestens acht Jahre vor Vollendung des 21. Lebensjahres in Deutschland verbracht wurden und der Nachweis, dass sechs Jahre eine Schule im Inland besucht wurde bzw. im Inland ein Schul- oder Ausbildungsabschluss erreicht wurde.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz - GKV-FQWG). Wir beschlossen in 2./3. Lesung Veränderungen bei der Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenkasse (GKV). Das Gesetz legt hierfür unter anderem den paritätisch finanzierten Beitragssatz von derzeit 15,5% auf 14,6% fest. Dabei wird der Arbeitgeberanteil auf 7,3% festgeschrieben. Der bisherige pauschale kassenindividuelle Zusatzbeitrag wird umgewandelt in einen prozentualen Zusatzbeitrag vom beitragspflichtigen Einkommen. Ein vollständiger Einkommensausgleich wird über den Zusatzbeitrag angewendet, um unterschiedliche Einkommensstrukturen der Kassen nicht in Wettbewerbsverzerrungen münden zu lassen. Ebenfalls kommt es zu Änderungen des morbiditätsorientierten Risikoausgleichs im Bereich des Krankengeldes und der Auslandskrankenversicherten. Nicht zuletzt sieht das Gesetz die Gründung eines fachlich unabhängigen wissenschaftlichen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen durch den gemeinsamen Bundesausschuss vor.

7. Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung. In der 7. Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung greift die Bundesregierung aktuellen Änderungsbedarf auf. Insbesondere die bisherigen Ausnahmeregelungen zur Selbstentsorgung bzw. zu Branchenlösungen haben zu Missbrauch geführt, so dass die Novelle die Möglichkeit der Selbstentsorgung abschafft und einen Kontrollmechanismus für die Branchenlösungen deutlich verschärft.

Gesetz zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes und des Legehennenbetriebsregistrierungsgesetzes (Rindfleischetikettierungs- und Legehennenregistrierungsgesetz). Im Wesentlichen passen wir das Gesetz in 2./3. Lesung an die aktuellen Veränderungen im EU-Recht an. Darüber hinaus soll das Gesetz die nationale Überwachung der Legehennenhaltung durch eine geänderte Regelung der Kennnummernvergabe für Legehennen-Betriebe verbessern.

Bericht der Bundesregierung 2013 nach § 7 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates. Bessere Rechtsetzung 2013: Erfolge dauerhaft sichern - zusätzlichen Aufwand vermeiden. Wir begrüßten den diesjährigen Bericht der Bundesregierung zu den Erfolgen im Bürokratieabbau. Zwar ist der Bürokratiekosten-Index der Wirtschaft im vergangenen Jahr um 0,04 Punkte gestiegen. Gleichzeitig werden für die vergangenen Jahre Erfolge bei der Verbesserung der Kostentransparenz verzeichnet. Der gestiegene Erfüllungsaufwand von etwa 1,5 Mrd. Euro ergibt sich insbesondere aus der neuen Energieeinsparverordnung. Diese Summe wird jedoch voraussichtlich durch zu erwartende Entlastungen bei den Energiekosten wieder ausgeglichen. Die Entlastung bei In-

formations- und Nachweispflichten bleibt unser erklärtes Ziel auch in der 18. Wahlperiode.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 2115 (2013) vom 29. August 2013 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Im Rahmen der im Jahr 2006 begonnenen UNIFIL-Mission beteiligt sich die Bundeswehr mit der Unterstützung des Libanons bei der schrittweisen Übernahme des Schutzes seiner Seegrenzen. Schwerpunkt der deutschen Beteiligung ist die Ausbildung und der Aufbau der libanesischen Marine, wofür bis zu 300 Soldaten eingesetzt werden. Zur Fortsetzung dieser Aufgabe bis zum 30. Juni 2015 stimmten wir dem Antrag der Bundesregierung zu. So kann die Bundeswehr vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkriegs weiter im Rahmen der UNIFIL-Mission vor Ort einen wesentlichen Beitrag zu Deeskalation, zur Stabilisierung und zur Friedenssicherung leisten.

Daten und Fakten

Entlastung für Millionen Versicherte aufgrund niedrigerer Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Der allgemeine Beitragssatz sinkt zum 1.1.2015 von jetzt 15,5% auf 14,6%. Arbeitgeber und Arbeitnehmer bringen ihn zu gleichen Teilen auf. Die vom Einkommen unabhängigen, pauschalen Zusatzbeiträge wird es nicht mehr geben. Dafür können die Kassen künftig einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern erheben, falls sie mit den Einnahmen nicht auskommen. Danach sieht es aber angesichts der Milliardenpolster bei vielen Kassen nicht aus. Rund 20 Mio. gesetzlich Versicherte sind in einer Kasse, deren Finanzsituation es erlauben würde, 2015 mit einem geringeren Zusatzbeitrag auszukommen. Von den 133 Kassen haben lediglich vier Finanzprobleme, also weniger Rücklagen als das gesetzliche Soll von einem Viertel der Monatsausgabe. Keine Kasse hat Schulden. Im Gegenteil: 62 Kassen weisen Finanzreserven zwischen einem Viertel der Monatsausgabe und 1,5 Monatsausgaben aus. 67 Kassen haben sogar mehr als 1,5 Monatsausgaben als Rücklage. Und dies obwohl die Ausgaben in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um 6 Mrd. Euro bzw. 3,7% im Jahr gestiegen sind. Auch in den kommenden Jahren werden die Kassen bemüht sein, die Beiträge möglichst stabil zu halten und effizient zu wirtschaften.

(Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, BT-Drs. 18/1322)

Bundeskanzlerin Merkel auch 2014 „Einflussreichste Frau der Welt.“ Die deutsche Bundeskanzlerin ist aus Sicht der US-Magazine „Time“ und „Forbes“ die mächtigste und einflussreichste Frau der Welt. „Forbes“ erkannte ihr den Titel seit 2006 jährlich zu - mit Ausnahme des Jahres 2010, als sie den vierten Rang belegte. Als erster Frau überhaupt verlor sie ihr Magazin 2012 nach US-Präsident Barack Obama den zweiten Rang unter den einflussreichsten Personen der Welt. Das Magazin „Time“ führte sie seit 2004 bis 2012 bereits fünfmal unter den 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt und nominierte sie nun erneut für 2014. Die Bundeskanzlerin ist damit für das US-Magazin die einflussreichste Ausländerin. Gelobt wird sie für ihre Leistung für den Zusammenhalt und das Erstarke der Wirtschaft in der EU, ihre Leistungsbereitschaft und hohe Arbeitsmoral - aber auch ihre Orientierung an Konsens und Kompromiss, die die Interessen aller Partner berücksichtigt.

(Quelle: Time, Forbes)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 79498
Fax: 030 - 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.